

Zurück zu den Wurzeln

Aktivist Debjeet Sarangi über mögliche Wege aus der Hungerkrise in Indien

Laut einer aktuellen Studie der indischen Regierung (Link siehe unten) haben die Menschen in den ländlichen Regionen Indiens heute weniger zu essen als vor 40 Jahren. Gleichzeitig ist Indien der weltweit zweitgrößte Nahrungsmittelproduzent und exportiert Reis und Weizen in großem Stil. Wie geht das zusammen?

Indien wird immer wieder und durchaus zu Recht als Land der Gegensätze bezeichnet. Doch für das ungelöste Hungerproblem gibt es einfache Erklärungen. Die Ernährungssituation hat sich für die ländliche Bevölkerung dramatisch verschlechtert, weil die Menschen den Zugang zu dem Land verloren haben, auf dem sie früher ihre Nahrung selbst anbauen konnten. Im Rahmen sogenannter Entwicklungsprogramme sind zahlreiche Menschen von ihren Ländereien vertrieben worden. Gewaltige Flächen in Odisha etwa werden heute von Agrarkonzernen für den Plantagenanbau von Cashewnüssen oder Eukalyptus genutzt. Die Zahl der Bäuerinnen und Bauern hat sich halbiert, dafür sind die Betriebe der Agrarindustrie riesig. Hinzu kommt, dass sich die ländliche Bevölkerung Nahrungsmittel wie Linsen oder Bohnen häufig nicht mehr leisten kann, weil die Preise stark angestiegen sind.

Woran liegt das?

Einerseits exportieren wir tonnenweise Reis und Weizen. Andererseits müssen wir Hülsenfrüchte wie Linsen, die früher ein Grundnahrungsmittel in jedem Dorf waren, heute teurer als anderen Teilen der Welt wie etwa Ostafrika importieren. Dementsprechend findet man auf den Tellern der ländlichen Bevölkerung inzwischen auch hauptsächlich kohlenhydrathaltige Nahrungsmittel wie Reis und Weizen, aber immer weniger Proteine und Vitamine – obwohl es in Indien eigentlich eine unglaubliche kulinarische Vielfalt gibt.

Warum ist diese Vielfalt in Gefahr?

Mit den Anbauflächen ging auch sehr viel traditionelles Wissen zu Anbaumethoden und zur Zubereitung von Nahrung verloren. Jahrhundertlang wurden in den ländlichen Regionen Indiens Wälder und Gewässer, aber auch öffentliche Flächen in den Dörfern gemeinschaftlich genutzt. Dort wurden Gemüse, Reis oder Kartoffeln angebaut. Ergänzt wurde der Speiseplan durch Wurzeln, Kräuter und Früchte aus den Wäldern und Fische aus den Flüssen und Seen. Aber viele Wälder wurden abgeholzt und die Gewässer durch Pestizide und Umweltbelastungen aus Bergbauprojekten mit tödlichen Giften verschmutzt. Aber anstatt angesichts der Probleme die heimische Vielfalt der Natur zu fördern, wird die Ernährung der ländlichen Bevölkerung vom globalen Markt abhängig gemacht.

Ihre Organisation Living Farms arbeitet in Regionen, in denen vor al-



Am Rande eines Workshops wurden Lebensmittel ausgestellt, die die indigene Bevölkerung sammelt und mit denen sie ihren Speiseplan ergänzt.

Foto: Nadja Dorschner

lem Angehörige der indigenen Bevölkerung Indiens leben. Diese Adivasi-Gemeinschaften sind besonders von den beschriebenen Problemen betroffen. Wie steuern Sie dagegen?

Wir versuchen in enger Zusammenarbeit mit der Bevölkerung ein selbstbestimmtes und ökologisch nachhaltiges Landwirtschaftskonzept zu entwickeln. Dafür ist es vor allem wichtig, dass die Bäuerinnen und Bauern das Saatgut für traditionelle einheimische Sorten erhalten und auf ihren Feldern anbauen. Zudem fördern wir den Einsatz organischer Düngemittel. Dadurch können sie sich von der Saatgut- und Pestizidindustrie finanziell unabhängig machen. Wir organisieren Workshops, in denen Wissen zur Saatguterhaltung, zu verschiedenen Anbaumethoden und zur Herstellung organischer Düngers weitergegeben wird. Abholzung und Plantagenwirtschaft haben ausgelaugte und verseuchte Böden hinterlassen, die wir in unseren Projekten zu regenerieren versuchen. Wir legen die Verantwortung dabei in die Hände der Menschen, die dort leben, und haben vor Ort Ausschüsse gebildet, die sich für die Regeneration und Erhaltung der Biodiversität einsetzen.

Können die Adivasi von dieser Art der Unterstützung besser profitieren?

Wir glauben schon. In den Augen der indigenen Bevölkerung lässt sich der Wert von Natur und Nahrung nicht mit Geld aufwiegen. Manche Dörfer in Odisha wirtschaften bis heute ohne Geld und überleben vor allem durch gegenseitige Unterstützung. Fragen Sie die Adivasi, was sie zum Leben brauchen. Sie werden Ihnen sagen, dass sie auf dem Markt nur Benzin und Salz kaufen. Alles ande-

re gibt ihnen die Natur. In der Vergangenheit waren Adivasi-Gemeinschaften selbst während Hungersnöten nie auf externe Hilfe angewiesen.

Kann dieser Ansatz mit dem herkömmlichen Entwicklungsmodell konkurrieren?

Wir müssen uns fragen, welche Art von Entwicklung wir anstreben, welchem Modell wir folgen und was wir darunter verstehen. In vielen ländlichen Regionen Indiens ist der Be-

griff Entwicklung für die Bevölkerung gleichbedeutend mit Gewalt und Vertreibung. Sie profitieren nicht von einem steigenden Bruttoinlandsprodukt oder vom wirtschaftlichen Wachstum. Deshalb müssen wir anfangen, über das herkömmliche Verständnis von Entwicklung hinauszudenken, und eine gewaltfreie Form des Wirtschaftens finden.

Das klingt nach einer romantischen Vorstellung ...

Vielleicht. Auf dem Weg dorthin müssen wir unsere Prioritäten neu definieren und immer wieder hinterfragen. Selbst wenn wir über alternative Gesellschafts- und Wirtschaftsformen sprechen, heißt das nicht, dass wir sie selbst auch leben können. Letztendlich versuchen wir mit unserer Arbeit, der indigenen Bevölkerung eine Stimme zu geben. Aber wir leben trotzdem anders als sie, weil unser Leben auf dem kapitalistischen Markt basiert. Das ist die eigentliche Krise, die wir nur bewältigen können, wenn wir auf individueller Ebene unser Handeln ändern.

Bericht unter: <https://scroll.in/article/814886/rural-india-is-eating-less-than-it-did-40-years-ago>



Debjeet Sarangi ist Gründer der Nichtregierungsorganisation Living Farms, die im ostindischen Bundesstaat Odisha (früher Orissa) gemeinsam mit der indigenen Bevölkerung an Projekten im Bereich Aufforstung, biologische Landwirtschaft und Ernährungssouveränität arbeitet. Mit Sarangi hat für »nd« Nadja Dorschner über die Gründe für die andauernde Mangel- und Unterernährung in Indien und mögliche Lösungsansätze gesprochen. Dorschner ist Mitarbeiterin des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Delhi.

Foto: Stefan Mentschel

KOMMENTAR

Die Wirklichkeit ist düster

Martin Ling über den »Kompass 2030« zur Entwicklungspolitik

Mal wieder wurde eine große Chance für eine zentrale Weichenstellung verpasst. So lautet das entwicklungspolitische Jahresfazit des »Kompass 2030« zur »Wirklichkeit der Entwicklungspolitik«, den die Kinderhilfsorganisation »terre des hommes« und die Welthungerhilfe gerade zum 25. Mal präsentierten. Die Schlussfolgerung bezieht sich auf den deutschen G20-Vorsitz 2017. Verpasst wurde, »dem in Wachstumsglauben verhafteten Club eine Wende zu einer gerechteren und menschenrechtsbasierten Gestaltung der Globalisierung abzurufen – auf der Grundlage eines sozial-ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsmodells.«

Mit dieser Bewertung wird im Umkehrschluss auch die objektive Herausforderung benannt, vor der die Entwicklungspolitik im Rahmen einer kohärenten Gesamtpolitik steht und der sie auch in Deutschland nicht gerecht wird. Das globale Wirtschaftsmodell ist weder sozial-ökologisch noch nachhaltig. Im Globalen Süden ist das noch viel deutlicher wahrnehmbar als im Globalen Norden, wo die Rechnung in die Zukunft verschoben wird.

Unter Entwicklungsminister Gerd Müller hat die noch amtsführende Große Koalition viel Richtiges gesagt und wenig Richtiges getan. Die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern immer wieder zu betonen und gleichzeitig die Praktiken unfairen Handels wie Exportdumping fortzusetzen und Freihandelsabkommen mit nicht wettbewerbsfähigen Regionen des Globalen Südens zu forcieren, das ist das Gegenteil von zukunftsfähiger Politik: Es schafft zusätzliche Fluchtgründe. Und wenn dann noch Konfliktländer wie Saudi-Arabien aufgerüstet und dadurch Fluchtbewegungen weiter angeheizt werden, wie vom »Kompass 2030« moniert, wird Entwicklungspolitik endgültig zum Muster ohne Wert.

ACTION

Lateinamerika – »Leben im Geiste des Che – im Gespräch mit Erwin Kohmann«. Erwin Kohmann kam 1966 mit dem Franziskanerorden nach Paraguay. Dort lernte er sowohl die Theologie der Befreiung als auch die Pädagogik der Befreiung in der Praxis kennen. Seit 1977 lebt und arbeitet er in Vallegrande/Bolivien, wo zehn Jahre zuvor Che Guevara ermordet worden war. Dr. Juliana Ströbele-Gregor kommentiert. Zu welcher historischen Würdigung Ches kommen sie? Hat Che auch heute noch eine Bedeutung für den Kampf für eine bessere Welt? 16. November, 19–21 Uhr, Lateinamerika-Forum Berlin Bismarckstr. 101, in der 5. Etage bei SEKIS, 10625 Berlin.

Zum Lesen – »ila 409«, Oktober 2017, Schwerpunkt: Migration, 6 Euro, Bezug: Informationsstelle Lateinamerika e.V., Heerstr. 205, 53111 Bonn, Tel. (0228) 65 68 13, www.ila-web.de

Straffreiheit für die Hintermänner

Bericht beschreibt Beteiligung der Wasserkraftunternehmen und Staatsfunktionäre am Mord an Berta Cáceres / Honduranische Justiz ungerührt

Strafflosigkeit ist in Honduras weit verbreitet. Auch der Fall der Ermordung der Umweltaktivistin Berta Cáceres ist keine Ausnahme: Trotz klarer Indizienlage bleiben die Hintermänner unbehelligt.

Von Jutta Blume

20 Monate nach dem Mord an der bekannten Menschenrechts- und Umweltaktivistin Berta Cáceres in ihrem Haus in Honduras sowie dem versuchten Mord an dem mexikanischen Aktivist Gustavo Castro erhebt eine internationale Expertengruppe schwere Vorwürfe gegen die honduranischen Ermittlungsbehörden. »Die Staatsanwaltschaft verfügt über beweiskräftige Informationen, um die intellektuellen Täter zu überführen«, erklärt die unabhängige Gruppe von Juristen GAIFE (Grupo Asesor Internacional de Personas Expertas) bei

der Veröffentlichung ihres Abschlussberichts am 31. Oktober in Tegucigalpa. Die Gruppe von fünf Rechtsexperten aus den USA, Kolumbien und Guatemala hatte sich im November 2016 auf Initiative von Cáceres' Familie zusammengefunden. Der honduranische Staat hat die Arbeit von GAIFE nicht anerkannt.

Seit der Ermordung von Cáceres am 2. März 2016 sind Verfahren gegen acht Männer eröffnet worden, darunter Mitarbeiter des Wasserkraftunternehmens DESA und Militärangehörige. GAIFE kommt jedoch zu dem Schluss, dass die wahren Hintermänner weiterhin auf freiem Fuß sind. Das ausgewertete Material – zum großen Teil Kommunikationsdaten von den Mobiltelefonen – bringt sie zu dem Ergebnis, dass der Plan, die Koordinatorin der Indigenenorganisation COPINH zu ermorden, von einer höheren Führungs-

ebene des Wasserkraftunternehmens DESA in Kollaboration mit staatlichen Funktionären ausgegangen sein muss. Konkrete Mordabsichten bestanden demnach spätestens seit November 2015.

GAIFE zeigt eine Vielzahl von Unregelmäßigkeiten in den offiziellen

Die existierenden Beweise würden sowohl ausreichen, um weitere Personen anzuklagen, als auch, um sie für weitere Verbrechen verantwortlich zu machen.

Ermittlungen auf. Die Spurensicherung erfolgte unprofessionell, Ermittlungsprotokolle wurden direkt

an DESA übermittelt. Die existierenden Beweise würden sowohl ausreichen, um weitere Personen anzuklagen, als auch, um sie für weitere Verbrechen verantwortlich zu machen, etwa die Bildung einer kriminellen Vereinigung oder Amtsmissbrauch. GAIFE hat in ihrem Report auch das politische Klima untersucht, in dem es zu dem Verbrechen gekommen ist: Von der widerrechtlichen Konzessionsvergabe an das Staudammunternehmen DESA, gegen die sich Berta Cáceres mit ihrer Organisation COPINH richtete, bis hin zum Nichtverfolgen der vorausgegangenen Bedrohung, Verfolgung und Bespitzelung von Cáceres. Eine Mitschuld gibt GAIFE auch den internationalen Geldgebern, die lange vor Cáceres' Ermordung von dem hohen Gewaltniveau in dem Konflikt um das Wasserkraftprojekt Agua Zarca gewusst hätten.

Das Hochkommissariat für Menschenrechte der UN sowie die Interamerikanische Menschenrechtskommission fordern den honduranischen Staat nun auf, schnell, umfassend und unparteiisch zu ermitteln und sowohl die materiellen Täter als auch die Auftraggeber zur Verantwortung zu ziehen. Den Angehörigen müsse ihr Recht auf Zugang zu allen Ermittlungsakten gewährt werden, von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission angeordnete Schutzmaßnahmen für die Angehörigen von Cáceres, ihre Anwälte sowie Mitglieder des COPINH müssten endlich umgesetzt werden.

Der Zeuge und Überlebende der Mordnacht, Gustavo Castro, plädiert dafür, den nationalen und internationalen Druck aufrechtzuerhalten. Nur so sei es gelungen, acht der mutmaßlichen Täter vor Gericht zu bringen.